

## Höxter



## Abfall: »System funktioniert gut«

**Höxter** (WB). Die Stadt Höxter bewertet das Abfallwirtschaftskonzept des Kreises zwar grundsätzlich positiv, möchte aber auch einige Verbesserungsvorschläge einbringen. Die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts basiert auf einem »gut funktionierenden Entsorgungssystem«, hieß es jetzt im Ausschuss für Planung und Umweltschutz. Vor allem die 2002 umgesetzte Zusammenfassung der Abfallsammlung und -entsorgung habe sich positiv ausgewirkt. Die Gebührenbelastung für die Haushalte konnte im Vergleich zum Jahr 2001 gesenkt werden, ohne dass die Qualität der Aufgabenerfüllung darunter gelitten hat. Aus Sicht der Stadt Höxter sollten zusätzlich aber Themen wie Lebensmittelverwertung und generelle Müllvermeidung berücksichtigt werden.

## Frauen treffen sich zum Gottesdienst

**Ottbergen** (WB). Die Mitglieder der Kfd Ottbergen treffen sich am kommenden Dienstag, 27. Februar, um 8 Uhr zu einem Wortgottesdienst. Im Anschluss frühstücken die Frauen gemeinsam im Pfarrzentrum. Wie gewohnt, können Bücher und Zeitschriften getauscht werden.

## Gymnastikgruppe wieder aktiv

**Ovenhausen** (WB). Die Frauengymnastikgruppe trifft sich nach Abschluss der Reparaturarbeiten wieder immer donnerstags von 19 bis 20.15 Uhr in der Sporthalle. Frauen, die Freude an Bewegung haben, sind willkommen.

## Ortsausschuss Ottbergen tagt

**Ottbergen** (WB). Der Ortsausschuss Ottbergen trifft sich am Dienstag, 27. Februar, zur Sitzung. Beginn ist um 19.30 Uhr in der Grundschule. Auf der Tagesordnung steht die Verwendung der Mittel aus der Ortschaftsinitiative.

## Kantorei probt

**Höxter** (WB). Die für den Montag, 26. Februar, geplante Probe der Kantorei findet wie gewöhnlich um 19.30 Uhr im Gemeindesaal, Brüderstraße 9 statt. Dr. Annette Faig wird die Probe leiten.



An der Lütmarser Straße in der Nähe der Realschule soll Höxters neues Hallenbad entstehen. Foto: Sabine Robrecht

## »Jetzt ist die Zeit des Aufbruchs«

Rat macht Weg für Gartenschau-Bewerbung frei – Chancen und Risiken abgewogen

■ Von Sabine Robrecht

**Höxter** (WB). Leicht haben sich die Ratsmitglieder die Entscheidung für die Landesgartenschau-Bewerbung nicht gemacht. Immerhin stehen knapp elf Millionen Euro Kosten im Raum. Von strahlender Euphorie konnte daher nicht die Rede sein. Die nachhaltigen Chancen, die dieses Großevent mit sich bringt, wollte die überwältigende Ratsmehrheit nach sachlicher Abwägung jedoch nicht an Höxter vorbei ziehen lassen. Entsprechend deutlich war das Votum pro Gartenschau 2023.

Getroffen hat das Stadtparlament die Entscheidung bei sieben Gegenstimmen. Diese kamen von der BfH, aus den Reihen der SPD und von einem Ratsmitglied der Grünen (Bericht vom 23. Februar). In der CDU-Fraktion gab es eine Enthaltung. Jetzt, da die Würfel gefallen sind, hoffen Rat und Verwaltung natürlich auf breite Rückendeckung aus der Bürgerschaft. Das geht schon los, wenn die Bewerbung in Düsseldorf abgegeben wird. Mit drei Bussen will Höxter am Donnerstag, 1. März, in die Landeshauptstadt aufbrechen.

## RESPEKT VOR KRITIKERN

Gleichwohl warb SPD-Fraktionschef Werner Böhler in der Ratsdebatte auch um Verständnis für die Kritiker, die es ja auch in den Reihen seiner Fraktion gab. »Ich habe Respekt vor denen, die »Nein« gesagt haben. Sie üben nicht einfach so Kritik, sondern haben sorgsam abgewogen« – und sind zu dem Schluss gekommen, dass die Risiken überwiegen.

Die Risiken sind auch nicht von der Hand zu weisen. Von den knapp elf Millionen Euro Kosten bleiben bei der Stadt abzüglich der Zuschüsse und der prognostizierten Einnahmen bis zu sieben Millionen Euro hängen: etwa 4,8 Millionen für Investitionen (von denen nachfolgende Generationen aber einen Mehrwert haben, betonte CDU-Fraktionschef Stefan Berens) und 1,9 Millionen für die Durchführung der Schau. Auch über 2023 hinaus gehe die Stadt Verpflichtungen ein, sagte Werner Böhler. Das alles werde womöglich auf 25 Jahre finanziert. »Wir treffen also heute eine Entscheidung, die die städtischen Haushalte bis 2048 berühren«, verwies er auf die Tragweite dieses Votums.

## STADTETAT WIRD BELASTET

Die Frage, ob der städtische Haushalt die Belastungen dauerhaft tragen kann, könne erst in einigen Jahren mit Gewissheit beantwortet werden, stellte Kämmerer Lothar Stadermann in der Debatte auf Anfrage der BfH klar. Das Investitionsbudget für die Landesgartenschau werde durch den daraus resultierenden Werteverzehr langfristig den Stadthaushalt belasten. »In welcher Höhe ist abhängig von der Nutzungsdauer des jeweiligen Vermögens, das geschaffen wird«, erläuterte Stadermann. »Fest steht, dass überjährig das komplette Investitionsbudget



So farbenfroh war die Landesgartenschau 2017 in Bad Lippspringe: Jetzt will Höxter sich für die Ausrichtung dieses Großevents im Jahr

2023 bewerben. Nächster Schritt nach der Abgabe der Bewerbung ist der Besuch der Bewertungskommission. Foto: Jörn Hannemann

in die Jahresergebnisse einfließt. In den Jahren ab 2024 rechnen wir aktuell mit Ergebnisbelastungen von 250.000 bis 350.000 Euro jährlich, aber wie gesagt, in Abhängigkeit von den Nutzungsdauern der jeweiligen Vermögensgegenstände.«

## IMAGEGEWINN

Solche spannenden zukunftsbelastenden Entscheidungen »hatten wir auch in der Vergangenheit«, verwies der Kämmerer auf den Beschluss zum Bäderbau. »Auch hier wurden die Haushalte der Zukunft nicht unerheblich belastet und zwar ohne dass die Entwicklung der zukünftigen Haushaltszahlen bis ins letzte Detail bekannt waren.«

Die Debatte gestartet hatte CDU-Fraktionschef Stefan Berens. Er stufte das Ergebnis der Machbarkeitsstudie als erfolversprechend ein. »Es fährt ein Zug durch Höxter. Er hält heute. Wir können entscheiden, einzusteigen. Wenn wir ihn vorbei fahren lassen, werden wir in unserer aktiven Zeit wahrscheinlich nicht noch einmal erleben, dass eine Landesgartenschau-Bewerbung möglich ist.« Das Großevent eröffne Höxter die Chance, »unser Image aufzupolieren und für die Bürgerschaft etwas zu tun.«

## MEHRWERT

Die hohen Investitionen für die Gartenschau erbrächten einen Mehrwert, der bleiben werde. Angesichts des Investitionspakets, das Höxter derzeit vom Bäderbau bis hin zum Sportstättenkonzept schultern, komme die LGS-Bewerbung eigentlich zur Unzeit. Das sei bei Großprojekten aber immer so.

Der Zeitpunkt passe nie. »Man muss die Chance aber ergreifen.« Dieses Signal sei Höxter auch jungen Menschen schuldig, die überlegen, nach Studium, Ausbildung und ersten Berufsjahren in der Ferne ihren Lebensmittelpunkt zurück nach Höxter zu verlegen. Dem Kämmerer versprach Berens, bei möglichen unpopulären Einspar-Entscheidungen als Folge der LGS-Entscheidung zur Seite zu stehen.

## DÖRFER NICHT VERGESSEN

Werner Böhler (SPD) bekräftigte ebenfalls, dass den Risiken große Chancen gegenüberstehen. Deshalb sage er »Ja«. »Wir machen Stadtentwicklung auf 2023 hin, die wir sonst nie in der Kürze der Zeit hinbekommen würden.« Angesichts dieses baldigen Ablaufdatums sei jetzt die Zeit des Aufbruchs. Und auch der Imagegewinn Corveys werde in die Stadt zurück fließen, ist der SPD-Fraktionschef überzeugt. Er werde zustimmen, kündigte auch Fraktionskollege und Vize-Bürgermeister Hans-Josef Held an. »Wir müssen aber auch die anderen 50 Prozent der Bevölkerung mitnehmen«, verwies er auf die Bewohner der Ortschaften.

## WALL WIRD ATTRAKTIVER

Dass er sich den Entschluss nicht leicht gemacht habe, betonte Georg Heiseke (UWG) mit Verweis auf Risiken, die er in der Ratssitzung konkret skizzierte: »Die Kosten laufen aus dem Ruder, sie könnten zu hoch sein für unseren Stadthaushalt, die Besucherzahlen sind schlecht wegen mangelhafter Verkehrsanbindung und schlechten Wetters.« Gleich-

wohl hätten die Chancen überwogen. »Dem Welterbe wird zum Durchbruch verholfen, die Weserpromenade wird aufpoliert, die Zugänge in die Innenstadt werden aufgewertet und locken Menschen in die Altstadt, der Wall wird attraktiver.« BfH-Fraktionsmitglied Ralf Dohmann forderte vom Kämmerer klare Aussagen hinsichtlich der Finanzierbarkeit. Zudem mache die Fraktion die Zustimmung davon abhängig, ob die Vertragsvereinbarungen mit dem Herzöglichen Haus ausgewogen seien (Dohmanns Debattenbeitrag deckte sich weitgehend mit der Presseerklärung der BfH, über die das WESTFALEN-BLATT am 23. Februar berichtete).

## FDP BEKRÄFTIGT »JA«

FDP-Ratsmitglied Martin Hillebrand bekräftigte in der Sitzung das »Ja« des Stadtverbandes der Liberalen. Auch er habe sich die Entscheidung schwer gemacht, »doch denke ich, dass Höxter und Corvey mit dem Zuschlag zur Ausrichtung der Landesgartenschau

eine mit Zahlen nicht ausweisbare Attraktivitätssteigerung erleben werden«. Besonders freue es ihn, dass die Ortseingänge und das Bahnhofsgelände attraktiver werden sollen. Hillebrand forderte alle Beteiligten wie Rat, Verwaltung, Bürger und Corvey zur Teamarbeit auf. »Nur so wird das Schiff Landesgartenschau nicht kentern.«

## HÖCHSTLEISTUNGEN

Ludger Roters (Grüne) machte aus seiner Begeisterung keinen Hehl. Eigentlich seien die finanziellen und personellen Ressourcen der Stadt ausgeschöpft. Unter diesen Umständen ein Großprojekt von dieser Dimension zu beginnen, stelle eine enorme Herausforderung dar. »Ich bin überrascht, wie viel Zustimmung es trotzdem es dafür gibt.« Roters ist überzeugt: »Die enorme Herausforderung ist in der Lage, Höxter als Gemeinschaft zur Höchstleistung anzuspornen. Ich hoffe, die Landesgartenschau überfordert uns als Gemeinschaft nicht, sondern bringt unser Bestes hervor.«

## Lob und Anerkennung für Baudezernentin Claudia Koch

Lob und Anerkennung erhielt Baudezernentin Claudia Koch in der Ratsdebatte zur Landesgartenschau: Ihr Einsatz in der rekordmäßig kurzen Vorbereitungszeit des Ratsbeschlusses erfuhr viel Würdigung. »Ich freue mich sehr über die Zustimmung«, sagte Claudia Koch gestern dem WB. »Wenn wir die Zusage bekommen, geht die Arbeit richtig los.« Dafür werde sie gerne die Ärmel aufkrepeln. Die Vertragsver-

handlungen mit dem Herzöglichen Haus für die Verfügbarmachung der Flächen für den barocken Konventgarten in Corvey hätten ein für beide Seiten gutes Ergebnis. Es sei berechtigt, dass ein Privateigentümer für Flächen, die einen Wert haben, eine Entschädigung erhält, wenn diese für eine öffentliche Parklandschaft bereit gestellt werden. Von der Landesgartenschau profitiere Höxter, Corvey und die ganze Region.

## Hallenbad: »Jedem steht Bewerbung offen«

**Höxter** (sos). Die Kritik des Architekten Christian Sauer am Ausschreibungsverfahren für den Hallenbad-Neubau hat Stadtkämmerer Lothar Stadermann im Rat zu einer Stellungnahme veranlasst. Sauer hatte angeprangert, dass heimische Büros wegen hoher Anforderungen (Erfahrungen im Bäderbau) keine Chancen hätten.

Die Stadt Höxter sei verpflichtet, Bau- und Leistungsaufträge im Rahmen eines formellen Verfahrens nach den bestimmten Wertgrenzen auszuschreiben und zu vergeben. Für die kritisierte

Ausschreibung des Architektenauftrages für das Hallenbad gelte: Aufgrund der Wertgrenzen ab 221.000 Euro netto sei sogar ein Vergabeverfahren im Verhandlungswege (VgV-Verfahren) beziehungsweise ein Architektenwettbewerb zwingend geboten.

Der Neubau des Hallenbades müsse zum 31. Dezember 2020 nach den Vorgaben des Fördergerätes abgeschlossen sein. »Ist das nicht der Fall, laufen wir Gefahr, die Förderung ganz oder teilweise zu verlieren.« Der vom Fördergeber zunächst geforderte Architek-

tenwettbewerb habe dahingehend abgemildert werden können, dass die Stadt Höxter das VgV-Verfahren anwenden dürfe. Das bringe drei Monate Zeitersparnis. Hiermit habe sich die OFD Münster nach langen und zähen Verhandlungen einverstanden erklärt. Die im Rahmen der Verhandlungen eingetretene Zeitverzögerungen sähen jetzt die Fertigstellung Mitte des ersten Quartals 2021 vor.

Aufgrund des engen Zeitfensters sei es zwingend, in die europaweite Ausschreibung für einen Planer bestimmte Parameter auf-

zunehmen, so unter anderem Erfahrungen im Bäderbau. »Sachlicher Grund hierfür war und ist, dass eine solche einschlägige Erfahrung bei der Umsetzung von grundlegender Bedeutung ist, um den Koordinierungsaufwand möglichst gering zu halten, sowie die Förderung insgesamt nicht zu gefährden.« An keiner Stelle der Ausschreibung sei die Befähigung der Höxteraner Architekten in Abrede gestellt worden. Auch seien keine Ausschlusskriterien genannt worden. »Jedem steht daher eine Bewerbung offen.«